

Antrag

**der Abg. Andrea Schwarz u. a. GRÜNE und
der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU**

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums Baden-Württemberg

Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi weiterentwickeln

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwieweit sie derzeit zur Regierung in Burundi Kontakte pflegt;
2. welche Erkenntnisse sie über den Aufenthalt und die Lage der mehr als 400.000 aus Burundi in die Nachbarländer geflohenen Burunderinnen und Burunder hat und welche Möglichkeiten einer Unterstützung der Geflüchteten in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen für das Land bestehen;
3. inwiefern die Vorschläge der im Rahmen der Burundi-Akteurskonferenzen entstandenen Arbeitsgruppen Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Dezentralisierung, Frieden und Versöhnung sowie Parlamentpartnerschaft Eingang gefunden haben in die Ausgestaltung der Partnerschaft und ob sie die Akteurskonferenzen fortsetzen wird;
4. welche Projekte zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in Burundi seit Herbst 2015 über die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) mit Mitteln des Landesetats gefördert wurden, mit welchem Mittelansatz gefördert und wie viele eingereichte Projektanträge abschlägig entschieden wurden;
5. inwieweit das Land bzw. die SEZ mit der GIZ oder der KfW bei der Realisierung von Projekten auf lokaler Ebene in Burundi kooperiert;
6. welche Partnerschaften von baden-württembergischen Kommunen, Schulen, Kirchen, Verbänden, Hochschulen, Unternehmen oder anderen potenziellen Partnern mit burundischen Partnerorganisationen und Körperschaften seit 2015 in Burundi neu entstanden sind;

7. inwiefern und mit welchem Erfolg die begonnenen Initiativen zum Austausch und Zusammenarbeit baden-württembergischer Behörden und staatlicher Einrichtungen mit entsprechenden burundischen Einrichtungen seit Sommer 2015 weiterentwickelt werden konnten (Verwaltungsaustausch, Hochschulkooperationen, Stipendien, Kooperation der Rechnungshöfe in Karlsruhe und Bujumbura u. a.);
8. was sie unternommen hat, um die im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung angestrebte Einrichtung einer Koordinierungs- und Servicestelle in Bujumbura zu prüfen und unter Berücksichtigung der politischen Entwicklung in Burundi auf den Weg zu bringen;
9. welche Anstrengungen sie unternommen hat, um die Partnerschaft Baden-Württemberg-Burundi im Land bekannter zu machen, etwa in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, schulische und außerschulische Bildungsarbeit, Dialogformate oder Förderung von Initiativen entwicklungspolitischer Inlandsarbeit;
10. welche prioritären Ziele sie auf Grundlage der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes im Zuge einer kohärenten Entwicklungszusammenarbeit der verschiedenen in Burundi engagierten Akteure (UN, EU, Bund) zur Weiterentwicklung der Partnerschaft im laufenden Jahr 2017 verfolgt.

06. 04. 2017

Andrea Schwarz, Frey, Häffner, Manfred Kern,
Saebel, Bogner-Unden, Wehinger GRÜNE

Dr. Lasotta, Kößler, Paal, Haser, Eppe CDU

Begründung

Trotz der zunehmend schwierigen politischen Lage in Burundi setzt Baden-Württemberg seine partnerschaftlichen Beziehungen mit Burundi auf Basis der am 16. Mai 2014 unterzeichneten Partnerschaftsvereinbarung fort. Die Abkehr der burundischen Regierung vom Internationalen Strafgerichtshof der UN (IStGH) gibt Anlass zur Sorge. Der IStGH verfolgt Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Weltstraftgericht wird nur dann aktiv, wenn die nationale Strafverfolgung bei derart ernsten Verbrechen nicht greift. Auch die steigende Zahl von Burunderinnen und Burundern, die wegen Hungers und Gewalt das Land verlassen und in den Nachbarländern in Flüchtlingslagern betreut werden, erfüllen uns mit Sorge.

Der Antrag will auf Grundlage einer Einschätzung zur aktuellen Lage Burundis ausloten, wie die Partnerschaft sich seit Beginn der dritten Amtsperiode von Präsident Nkurunziza 2015 entwickelt hat und in wieweit sich die im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung vereinbarten Ziele der Ausgestaltung der Partnerschaft umsetzen lassen.

„Die Partnerschaft mit Burundi als Graswurzelpartnerschaft mit der Zivilgesellschaft und den Kirchen setzen wir auch in Zeiten der politischen Konflikte und Verfassungskrise des Partnerlandes auf Grundlage der Partnerschaftserklärung fort. Wir stärken das Kompetenzzentrum Burundi der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ). Zur besseren Koordinierung der nationalen und auch internationalen Partner in Burundi werden wir die Einrichtung einer Koordinierungs- und Servicestelle in der Hauptstadt Bujumbura prüfen.“

Die Antragsteller unterstützen die Initiativen der Landesregierung zur Fortsetzung und Vertiefung der Graswurzelpartnerschaft zugunsten der Zivilbevölkerung. Auch neue Kooperationen in den Bereichen Wirtschaft, Hochschulen, Verwaltung und neue Partnerschaftsinitiativen auf kommunaler Ebene können einen Beitrag

zur Befriedung und Entwicklung des Landes leisten. Einer Koordination und Vernetzung verschiedener Partnerorganisationen vor Ort in enger Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Burundi der SEZ kommt umso mehr Bedeutung zu, je vielfältiger die Partnerschaft sich gestaltet.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 22. Mai 2017 Nr. V-3502 nimmt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, Kultusministerium, Wissenschaftsministerium, Umweltministerium, Justizministerium und dem Rechnungshof zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,
zu berichten,*

1. inwieweit sie derzeit zur Regierung in Burundi Kontakte pflegt;

Die Landesregierung pflegt derzeit zur Regierung von Burundi keine Kontakte.

2. welche Erkenntnisse sie über den Aufenthalt und die Lage der mehr als 400.000 aus Burundi in die Nachbarländer geflohenen Burunderinnen und Burunder hat und welche Möglichkeiten einer Unterstützung der Geflüchteten in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen für das Land bestehen;

Die allgemeine Lage der burundischen Geflüchteten ist äußerst prekär, wobei durch-aus Unterschiede zwischen den Lagern bestehen. Die größte Anzahl an Geflüchteten befindet sich in Tansania. Berichten der Partner in Burundi und internationalen Medienberichten zufolge, besteht eine relativ geringe Infrastruktur, sowohl vonseiten der tansanischen Regierung als auch von lokalen und regionalen Hilfsorganisationen vor Ort. In Ruanda hingegen haben sich einige namhafte burundische Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Persönlichkeiten registriert bzw. niedergelassen.

Es werden über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) bereits drei Projekte mit burundischen Flüchtlingen über Landesmittel finanziert. Dies geschieht unter anderem auch mit Unterstützung des Koordinationsbüros der Landespartnerschaft Ruanda-Rheinland-Pfalz in Kigali, Ruanda. Ein weiteres Projekt in Tansania ist in Planung.

Die geförderten Projekte legen jeweils den Fokus auf Frauen/sexuelle und sexualisierte Gewalt, Jugend und Medien sowie Traumabewältigung bei Geflüchteten. Aufgrund der erforderlichen Sensibilität mit Blick auf finanzielle Unterstützung von Geflüchteten werden nur Partnerschaften oder Projektförderung mit Partnern durchgeführt, die friedensfördernde Maßnahmen integrieren.

Das Wissenschaftsministerium hat im Januar 2015 einen Fonds für in Not geratene Studierende aus Krisengebieten eingerichtet. Dieser eröffnet grundsätzlich auch in Baden-Württemberg Studierenden aus Burundi die Möglichkeit einer Überbrückungsfinanzierung im Notfall, wenn aufgrund des Wegfalls der bisherigen Finanzierung durch die Geschehnisse in der Heimat der Studienabbruch droht.

Darüber hinaus hat das Wissenschaftsministerium mit dem 2017 durch Finanzierungen der Baden-Württemberg Stiftung und der Max-Jarecki-Stiftung eingerichteten „Baden-Württemberg Fonds für verfolgte Wissenschaftler“ auch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Burundi die Möglichkeit geschaffen, ihre Forschungsarbeit an einer Hochschule des Landes Baden-Württemberg fortzusetzen.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

3. inwiefern die Vorschläge der im Rahmen der Burundi-Akteurskonferenzen entstandenen Arbeitsgruppen Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Dezentralisierung, Frieden und Versöhnung sowie Parlamentspartnerschaft Eingang gefunden haben in die Ausgestaltung der Partnerschaft und ob sie die Akteurskonferenzen fortsetzen wird;

Die SEZ hat die Federführung für die Akteurskonferenzen übernommen. Eine 2. Akteurskonferenz hat im März 2016 stattgefunden. Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen wurden von der SEZ in die Vorbereitung einbezogen. Viele der vorgeschlagenen Vorhaben und Partnerschaften sind jedoch aufgrund der politischen Lage und der akuten Fluchtsituation nicht oder nur eingeschränkt umsetzbar.

Bei der Burundi-Akteurskonferenz 2014 wurden in der Arbeitsgruppe Bildung auch Informationen über laufende und geplante Kooperationen zwischen Hochschulen in Baden-Württemberg und in Burundi ausgetauscht. Im weiteren Verlauf folgte u. a. die Antragstellung für das Projekt „Wissenschaftliche und organisatorische Zusammenarbeit der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg und der Université du Burundi in Bujumbura“ für eine Förderung aus dem Baden-Württemberg-STIPENDIUM für Studierende – BWS plus – der Baden-Württemberg Stiftung. Der Antrag wurde zunächst für eine Laufzeit vom 1. Oktober 2014 bis 31. August 2017 bewilligt. Zuletzt waren im Rahmen des Projekts 2016 drei burundische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Gast in Baden-Württemberg. Die politische Lage vor Ort sowie restriktive Haltungen seitens der zuständigen Botschaft bei der Erteilung von Visa und seitens Burundi bei der Erteilung von Reisegenehmigungen erschweren jedoch den Dozierenden- und Studierendenaustausch erheblich.

Die 2. Akteurskonferenz fand 2016 in Kooperation mit dem Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung Freiburg statt. Unter der Leitfrage „Was können wir jetzt tun?“ wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit angesichts des im April 2015 ausgebrochenen burundischen Konflikts diskutiert. Die Akteurskonferenz richtete sich an staatliche und nichtstaatliche Akteure, die in der Partnerschaft mit Burundi aktiv sind. Rund 80 Teilnehmende aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft tauschten Erfahrungen und Einschätzungen zur aktuellen politischen Situation in Burundi aus und erörterten Handlungsoptionen. An der Fachkonferenz am zweiten Tag mit rund 15 internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurden sowohl Perspektiven zu innerstaatlichen Konfliktdynamiken als auch zu externen Friedensbemühungen in Burundi diskutiert.

Darüber hinaus wurden besonders die Vorschläge aus der Arbeitsgruppe Frieden und Versöhnung weiterentwickelt und haben sich beispielsweise in einem Inlandsprojekt niedergeschlagen, einer Konferenzreihe zu Trauma und Flucht, bei dem gemeinsame Lernprozesse im Fokus stehen und die burundische Diaspora eine entscheidende Rolle als Brückenbauer spielt. Die Ergebnisse dieser Konferenzen, die aufgrund von ersten Sondierungen im Geflüchtetenlager in Mahama, Ruanda, sowie vergleichbaren Studien aus anderen Ländern erarbeitet wurden, dienen derweil als Grundlage für Projekte mit geflüchteten Burundiern im Nachbarland Ruanda.

Es ist geplant, die Akteurskonferenzen im biennalen Rhythmus fortzuführen. Bis dahin werden die themenbezogenen Arbeitskreise sowie die Vernetzungstreffen fortgeführt.

4. welche Projekte zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in Burundi seit Herbst 2015 über die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) mit Mitteln des Landesetats gefördert wurden, mit welchem Mittellansatz gefördert und wie viele eingereichte Projektanträge abschlägig entschieden wurden;

Aus Mitteln des Landes geförderte Projekte 2015/2016:

Träger	Projekttitel	Projektvolumen	Förder-summe
Action Survive e.V.	Nachhaltige Landwirtschaft in Muyogoro und Umgebung durch Weiterbildung der ländlichen Bevölkerung und Sanierung des Kartoffellagerhauses in Rwira	19.475,00 €	16.225,00 €
ChildFund Deutschland e.V.	Verbesserung der beruflichen Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt von 80 jugendlichen Absolventen des Berufsbildungszentrums OPDE in Burundi	24.396,30 €	19.943,00 €
vivo international e.V.	Reintegration von Straßenkindern	39.834,12 €	19.998,82 €
Project Human Aid e.V.	Verbesserung der Lern-Lehrsituation an der Grundschule von Kivoga	27.759,67 €	20.000,00 €
vivo international e.V.	Reintegration von Straßenkindern und von politischer Gewalt betroffenen Kindern	28.251,67 €	19.998,89 €
	Summe	139.716,76 €	96.165,71 €

Drei Projekte mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 91.344, 35 Euro (beantragte Förderung 49.675,10 Euro) wurden 2015/2016 abschlägig beschieden, teilweise waren formale Kriterien nicht erfüllt.

Darüber hinaus wurden dem Kompetenzzentrum der SEZ weitere 83.144,23 Euro gewährt für Projekte, unter anderem zu den Themen sexuelle und sexualisierte Gewalt, Traumabewältigung bei Geflüchteten sowie Friedenserziehung. Ferner werden daraus Deutschkurse an der Université du Burundi finanziert.

5. inwieweit das Land bzw. die SEZ mit der GIZ oder der KfW bei der Realisierung von Projekten auf lokaler Ebene in Burundi kooperiert;

Das Land und die SEZ stehen in gutem Austausch mit der GIZ in Deutschland wie auch dem Burundi-Büro. Seit November befinden sich alle deutschen Mitarbeitenden in Kigali. Die Referentin vom Kompetenzzentrum Burundi hatte die Gelegenheit, den Leiter des GIZ Büros zum Austausch zu sprechen.

Die zuständige Referatsleiterin im Staatsministerium sowie die Referentin der SEZ begleiten den Konsultationsprozess zum GIZ-Sektorvorhaben Religion und EZ.

Ein informelles Arbeitstreffen mit dem deutschen Botschafter, dem EU-Botschafter, lokalen Vertretern der GIZ und KfW sowie deutschen NGOs und deutschsprachigen Burundern hat im Rahmen der Burundireise der SEZ stattgefunden. Verschiedene (meist logistische) Aspekte der Zusammenarbeit wurden hier vertraulich besprochen. Bei diesem wurde beispielsweise die GIZ (energizing development section) zu verschiedenen Projektvorhaben der baden-württembergischen Partnervereine im Bereich Energieversorgung der Landbevölkerung sowie Klimaschutz bezüglich der Durchführbarkeit befragt. Außerdem stand die Koordinierung der Aktivitäten in Burundi im Mittelpunkt, um Doppelstrukturen und Doppelungen zu vermeiden.

Ein Vernetzungstreffen mit burundischen NROs, die friedensfördernde Projekte umsetzen, wurde ebenfalls im Rahmen der Reise veranstaltet. Auf die Erläuterung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg und die Beziehung zu und mit verschiedenen deutschen Institutionen und NROs wurde sehr positiv reagiert. Besonders nachgefragt wurde die SEZ zur Vernetzung. Aufgrund der politischen Situation ist der offene Austausch zwischen NROs erschwert; die Integration in die Partnerschaft dient hierbei als Raum zum Austausch und zur Vernetzung.

6. welche Partnerschaften von baden-württembergischen Kommunen, Schulen, Kirchen, Verbänden, Hochschulen, Unternehmen oder anderen potenziellen Partnern mit burundischen Partnerorganisationen und Körperschaften seit 2015 in Burundi neu entstanden sind;

Dem Staatsministerium, dem Wissenschaftsministerium, dem Wirtschaftsministeriums und der SEZ sind folgende Kooperationen bekannt geworden:

- Der Arbeitsbereich Caritaswissenschaften und Christliche Sozialarbeit an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg widmet sich in seiner Forschungsarbeit u. a. der Frage, welchen Beitrag die Kirche zur Friedens- und Versöhnungskultur in Burundi leisten kann. Diese Forschungsarbeiten dienen als Ausgangspunkt der Arbeit des 2015 gegründeten Vereins RAPRED-Girubuntu (Réseau Africain pour la Paix, la réconciliation et le développement durable – Afrikanisches Netzwerk für Frieden, Versöhnung und Schaffung einer nachhaltigen Entwicklung). Der Verein RAPRED-Girubuntu setzt sich für die Vernetzung verschiedener Initiativen zivilgesellschaftlichen Engagements für Frieden und Versöhnung in Afrika ein und arbeitet vor allem mit Organisationen in Burundi zusammen.
- Das Arnold-Bergsträsser-Institut (ABI) hat über das Scholars at Risk-Programm einen Fellow aus Burundi aufgenommen.
- Die Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg haben den von der dwp eG Fairhandelsgenossenschaft Ravensburg angebotenen Burundi-Kaffee ins Warensortiment ihrer 31 Schlossshops aufgenommen.
- Die NRO Afrokids arbeitet mit Cercle de Paix an einem lokalen Friedensprojekt.
- Die NRO Anstoß zur Hoffnung hat mit ihrem burundischen Partner „Coup d’envoi pour l’espoir au Burundi“ (CEPEB) ein Fußball-Camp und Friedensseminare durchgeführt sowie eine Nähwerkstatt für ehemalige Prostituierte und eine Lederwarenverarbeitung ins Leben gerufen.
- Das Stadttheater Konstanz arbeitet zusammen mit burundischen Theaterkünstlern an einem zweijährigen Projekt „Comédie? Humaine 21st“.

7. inwiefern und mit welchem Erfolg die begonnenen Initiativen zum Austausch und Zusammenarbeit baden-württembergischer Behörden und staatlicher Einrichtungen mit entsprechenden burundischen Einrichtungen seit Sommer 2015 weiterentwickelt werden konnten (Verwaltungsaustausch, Hochschulkooperationen, Stipendien, Kooperation der Rechnungshöfe in Karlsruhe und Bujumbura u. a.);

Richter und Staatsanwälte aus Stuttgart haben im Februar 2016 eine Reise nach DR Kongo/Ruanda/Kenia unternommen, an der auch Juristen aus Burundi beteiligt waren. Ein Programmpunkt dieser Reise war eine internationale Konferenz in Nairobi, ebenfalls unter burundischer Beteiligung. Ein Aufenthalt in Burundi selbst war wegen der dortigen politischen Situation nicht möglich. Die Reise wurde durch die Gesellschaft für afrikanisches Recht koordiniert und durch die Robert Bosch Stiftung, das Justizministerium und das Staatsministerium finanziert. Sie war ein Gegenbesuch zu einer afrikanischen Delegationsreise Ende 2014 nach Baden-Württemberg; der damaligen Delegation hatten zwei burundische Teilnehmer angehört. Im November 2017 ist der Gegenbesuch der afrikanischen Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg geplant.

Angeichts der derzeitigen politischen Lage in Burundi ist die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Austauschs nur schwer realisierbar. Kurz vor Ausbruch des Konflikts ging im Studienjahr 2014/15 ein baden-württembergischer Studierender innerhalb der Programmlinie Baden-Württemberg-STIPENDIUM der Baden-Württemberg Stiftung für Studierende nach Burundi. Im Studienjahr 2016/17 kam ein Studierender aus Burundi nach Baden-Württemberg.

2016 konnte das Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg (ABI) ein Stipendium für einen burundischen Wissenschaftler bei der Philipp-Schwarz-Initiative der Alexander-von-Humboldt-Stiftung einwerben.

Um mehr Studierenden aus Burundi einen Studienaufenthalt oder -austausch in Baden-Württemberg zu ermöglichen, soll in einer ersten Phase der Erwerb von Sprachkenntnissen im Fokus stehen. Dies wurde von bestehenden Hochschulkoperationen als unbedingte Voraussetzung bewertet. Das Staatsministerium finanziert daher über die SEZ Sprachkurse für Studierende an der Universität Burundi. Das Kultusministerium bezuschusst acht- beziehungsweise vierwöchige Sprachkursstipendien von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Burundi an baden-württembergischen Unterrichtsstätten des Goethe-Instituts.

Im Dezember 2015 schlossen der burundische und der baden-württembergische Rechnungshof eine Kooperationsvereinbarung, um den bei einem Besuch des burundischen Rechnungshofpräsidenten im November 2014 begonnenen Dialog fortzusetzen. In der Vereinbarung bekunden die Rechnungshöfe ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit, um vorhandene Kompetenzen weiterzuentwickeln und Qualitätsstandards zu erhöhen. Vorrangig geht es dabei um Unterstützung für den Rechnungshof von Burundi. Die Kooperationsvereinbarung sieht dazu unter anderem den Transfer von Prüfungserfahrungen, den Austausch von Informationen und Dokumenten sowie die Steigerung der Prüfungsqualität durch die Entwicklung innovativer Methoden und Techniken vor. Das Engagement soll von beiden Seiten im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten erfolgen.

8. was sie unternommen hat, um die im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung angestrebte Einrichtung einer Koordinierungs- und Service-stelle in Bujumbura zu prüfen und unter Berücksichtigung der politischen Entwicklung in Burundi auf den Weg zu bringen;

In Abstimmung mit dem Staatsministerium hat die SEZ verschiedene Gespräche geführt, um die Durchführbarkeit der Eröffnung einer Koordinierungsstelle in Burundi zu prüfen. Die deutsche Botschaft in Burundi hat dem Vorhaben ihre Unterstützung zugesagt. Bei ihrer Burundireise konnte die SEZ positive Rückmeldung auf das Vorhaben der Einrichtung einer Koordinierungsstelle vermerken. Sowohl lokale NROs, Diplomaten und deutsche Engagierte in Burundi und Baden-Württemberg haben betont, dass eine Anlaufstelle der Effizienz und Wirkungsorientierung in der Projektarbeit zuträglich sein würde.

Über die weiteren Schritte zur Operationalisierung soll zeitnah entschieden werden.

9. welche Anstrengungen sie unternommen hat, um die Partnerschaft Baden-Württemberg-Burundi im Land bekannter zu machen, etwa in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, schulische und außerschulische Bildungsarbeit, Dialogformate oder Förderung von Initiativen entwicklungspolitischer Inlandsarbeit;

Die Öffentlichkeitsarbeit für die Partnerschaft mit Burundi wurde in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. So wurde beispielsweise der Auftritt bei der Messe Fair Handeln um eine Verkostung des Burundi-Kaffees erweitert. Im September 2015 war ein Burundi-Stand des Staatsministeriums und der SEZ beim SWR-Familienfest im Blühenden Barock in Ludwigsburg vor Ort. Im Jahr 2016 war der Stand bei der Öffnung des Parks der Villa Reitzenstein während der Nachhaltigkeitstage präsent, ebenso bei den Heimattagen in Bad Mergentheim und beim Africa-Festival in Tübingen. Die Amahoro-Wanderausstellung der SEZ war 2015/2016/2017 bisher an 17 Orten zu Gast.

Außerdem wurden eine Kaffeetheke und ein Roll-up zum kostenfreien Verleih und zur Verkostung des Burundi-Kaffees von dwp in Zusammenarbeit mit der SEZ hergestellt. So wurde beispielsweise in der Gemeinde Hochdorf die Initiative, eine Fairtrade-Gemeinde zu werden, mit Hilfe des fair gehandelten Burundi-Kaffees beworben.

Seit Frühjahr 2017 ist die Partnerschaft Teil der Kampagne #nichtvergessen des Auswärtigen Amtes und deutscher Hilfsorganisationen.

Das Burundi-Kompetenzzentrum der SEZ hat darüber hinaus weitere Formate der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit entwickelt und umgesetzt.

- Seminare und Vorträge an Hochschulen und Volkshochschulen zu Burundi und Fairer Handel – VHS Nagold, Burundi und Menschenrechte – Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Entwicklungspolitik am Beispiel Burundi – Hochschule Rottenburg;
- Intervention an der American University (AU) für den ‚Peacebuilding in Africa‘-Kurs der School of International Service;
- „Cabaret Buja-BW“ zum interkulturellen Austausch an wechselnden Orten in Baden-Württemberg;
- enger Kontakt mit dem gerade entstehenden Verein der apolitisch positionierten Burundischen Diaspora Deutschland (BDD).

10. welche prioritären Ziele sie auf Grundlage der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes im Zuge einer kohärenten Entwicklungszusammenarbeit der verschiedenen in Burundi engagierten Akteure (UN, EU, Bund) zur Weiterentwicklung der Partnerschaft im laufenden Jahr 2017 verfolgt.

Die genannten Akteure haben die regierungsnahe Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi eingestellt. Viele Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine Verbesserung der Situation in Burundi verlaufen nicht-öffentlich. Die Landesregierung bemüht sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, diese Bemühungen zu unterstützen. Im Sinne der entwicklungspolitischen Leitlinien und der starken zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Burundi und Baden-Württemberg konzentriert sich die Landesregierung derzeit darauf, diese zivilgesellschaftlichen Beziehungen zu stärken.

Theresa Schopper

Staatssekretärin